



Wachstumsmotor Deutschland

Die Wirtschafts-, Arbeits- und Sozialpolitik
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Wie haben sich die Wirtschaft und der Arbeitsmarkt in den vergangenen Jahren entwickelt?

Deutschland ist in den letzten Jahren zum wichtigsten Wachstumsmotor Europas und zum Stabilitätsanker in der Eurozone geworden. Seit 2009 ist die deutsche Wirtschaftsleistung um rund acht Prozent gewachsen. 1,5 Millionen neue, vor allem sozialversicherungspflichtige und Vollzeit-Arbeitsplätze sind hinzugekommen. 2012 wurde mit 41,6 Millionen Erwerbstätigen ein neuer Beschäftigungsrekord erreicht. Die Arbeitslosigkeit ist von 3,4 Millionen im Jahr 2009 auf 2,9 Millionen im Jahr 2012 gesunken. Auch der deutsche Export erreichte in den letzten Jahren neue Bestmarken – trotz des krisenbedingten Rückgangs der Ausfuhren in den Euroraum. Mit seinen breit aufgestellten, leistungsstarken und innovativen Unternehmen, die wesentliche Teile der Wertschöpfung im Inland erzeugen, ist Deutschland im internationalen Wettbewerb in einer sehr guten Position.

Welche konjunkturelle Entwicklung ist in den nächsten Jahren zu erwarten?

Deutschland ist wirtschaftlich stärker aus der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise hervorgegangen als die meisten anderen Industrieländer. Die weltweite Konjunkturschwäche hatte zwar zuletzt auch Auswirkungen auf Deutschland. Die Bundesregierung erwartet aber ein erneutes Anspringen der Konjunktur im Verlauf dieses Jahres. Impulse verspricht der Binnenmarkt. Dabei werden



private Konsumausgaben und Wohnungsbauinvestitionen eine tragende Rolle spielen. Eine anziehende Weltwirtschaft wird das Wachstum in Deutschland beschleunigen.

Was ist der beste Weg zu sozialer Gerechtigkeit?

Soziale Gerechtigkeit bedeutet für die Unions-Bundestagsfraktion, dass jeder die Chance hat, aktiv am wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben teilhaben zu können. Vorrang hat daher, Menschen in Arbeit zu bringen, für Aus- und Weiterbildung zu sorgen sowie gute Teilhabechancen auf allen Ebenen zu schaffen. Deutschland steht gut da, dies zeigen der Job-Boom der vergangenen Jahre und die seit 2005 deutlich gesunkene Zahl der Hartz-IV-Empfänger. Zur sozialen Gerechtigkeit gehört aber auch, dass die Spitzenkräfte in der Wirtschaft Maß halten. Strengere gesetzliche Vorgaben sollen künftig unverhältnismäßige Vergütungen von Spitzenmanagern verhindern und mehr Transparenz schaffen.

Was tut die Union für Arbeitnehmer und Arbeitsuchende?

Die Koalition hat die arbeitsmarktpolitischen Instrumente gestrafft und die Beiträge in der Arbeitslosenversicherung stabil gehalten. Gleichzeitig wurde die Effizienz der Arbeitsvermittlung gestärkt und der Schwerpunkt auf die Qualifizierung von jungen Menschen gelegt. Erstmals ist es gelungen, die Sockelarbeitslosigkeit zu senken: Die Zahl der Langzeitarbeitslosen hat sich seit 2008 nahezu halbiert. Die Rentenbeiträge wurden auf 18,9 Prozent gesenkt und hierdurch die Arbeitnehmer um mehr als vier Milliarden Euro entlastet. Seit 2009 gibt es eine Trendwende bei den Löhnen, die Reallöhne steigen. Mit der Einführung von Branchen-Mindestlöhnen hat die Koalition bereits vier Millionen Menschen vor einer Lohnspirale nach unten geschützt.



aufgestockt. Ab 2014 steuert der Bund jährlich über 800 Millionen Euro zu den Betriebskosten bei.

Wie kann die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands gesichert werden?

Für die Bundestagsfraktion ist es eine Daueraufgabe, gute Investitionsbedingungen zu bieten. Ihre Politik verzichtet auf unnötige Belastungen der Unternehmen und sorgt für Stabilität und Verlässlichkeit. Internationale Wettbewerbsfähigkeit wird zuerst an Exporterfolgen erkennbar, es soll jedoch kein Wachstum erzeugt werden, das einseitig von der Auslandsnachfrage abhängt. Von großer Bedeutung ist auch die Binnenwirtschaft. Dazu werden die Rahmenbedingungen verbessert, damit der Beschäftigungsanstieg fortschreitet, qualifizierte und produktive Arbeitsplätze entstehen, mehr Netto vom Brutto bleibt, die Infrastruktur verbessert wird und neue, attraktive Marktangebote gerade auch im Dienstleistungsbereich ermöglicht werden.

Wozu dient ein tariflicher Mindestlohn?

Es gibt immer noch Bereiche, in denen Tarifverträge nicht existieren oder keine Wirkung entfalten. Damit besteht kein wirksamer Schutz für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor unfairen Löhnen. Die Unions-Bundestagsfraktion hält es für notwendig, dass eine bundesweite Kommission aus Vertretern der Tarifvertragsparteien, also Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden, einen allgemein verbindlichen und fairen Mindestlohn aushandelt. Dieser kann regionale und sektorale Ausnahmen haben, damit keine Arbeitsplätze vernichtet werden.

Wie können Familie und Beruf noch besser vereinbart werden?

Berufstätige Eltern brauchen gute, zuverlässige und qualitativ hochwertige Betreuungsmöglichkeiten für ihre Kinder. Die unionsgeführte Bundesregierung hat sich mit den Ländern und Kommunen darauf geeinigt, ab dem 1. August 2013 allen Eltern, die dies wünschen, einen Betreuungsplatz für Kinder ab dem ersten Lebensjahr zur Verfügung zu stellen. Um die Finanzierung für die Länder und Kommunen zu erleichtern, übernimmt der Bund ein Drittel der Kosten. Die vom Bund zugesagten vier Milliarden Euro für den Ausbau bis 2013 wurden nochmals um 580,5 Millionen Euro

Warum ist der Mittelstand für Deutschland so wichtig und was ist zu tun, um ihn weiter zu stärken?

Der Mittelstand ist das Herzstück unserer Volkswirtschaft. Er erwirtschaftet rund 37 Prozent der Umsätze und stellt rund 70 Prozent der Arbeitsplätze sowie mehr als 83 Prozent der Ausbildungsplätze. Damit ist er ein Stabilitätsanker für unsere Gesellschaft. Nicht zuletzt dank unseres Mittelstandes ist Deutschland so gut durch die Krise gekommen. Die Bundestagsfraktion setzt sich dafür ein, dass die mittelständischen Unternehmen die geeigneten Rahmenbedingungen erhalten, die sie für den Erfolg im internationalen Wettbewerb benötigen: Vereinfachungen im Steuersystem, standortadäquate Energiekosten, Abbau unnötiger Bürokratie, gute Forschungs- und Innovationsbedingungen sowie ein verständliches und flexibles Arbeitsrecht.

Wie wurden die Rahmenbedingungen für Unternehmen verbessert?

Der Union ist es wichtig, Unternehmen zu entlasten und dadurch Raum für Investitionen und neue Arbeitsplätze zu schaffen. Mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz hat die Koalition für steuerliche Entlastungen von Unternehmen von rund 3,5 Milliarden Euro gesorgt. Über vier Milliarden Euro jährlich sparen die Arbeitgeber zusätzlich durch die Absenkung der Beiträge zur Rentenversicherung ein. Um bürokratische Überregulierung zu verhindern, wurden zahlreiche Regelungen abgeschafft und hierdurch die Unternehmen um Bürokratiekosten von rund 25 Prozent entlastet; allein durch das Steuervereinfachungsgesetz 2011 können Unternehmen Bürokratiekosten von rund vier Milliarden Euro jährlich einsparen. Mit dem Maßnahmenpaket zur Vereinfachung der Unternehmensbesteuerung und des steuerlichen Reisekostenrechts kommen Entlastungen für Arbeitgeber und Arbeitnehmer von weiteren 290 Millionen Euro jährlich hinzu.

Wie sorgt die Union für ein ausreichendes Maß an Fachkräften?

Die Nutzung und Förderung inländischer Potenziale hat für die Fraktion Vorrang bei der Fachkräftesicherung. Dies wird insbesondere in der Fachkräfteoffensive der Bundesregierung von 2012 und der Neuausrichtung des Ausbildungspaktes von 2010 deutlich. Durch die demografische Entwicklung in Deutschland ist allerdings klar, dass die Mobilisierung inländischer Potenziale nicht ausreichen wird. Daher wurde unter anderem die Anerkennung von ausländischen Berufsabschlüssen und den Zuzug hochqualifizierter Fachkräfte aus Drittstaaten erleichtert. Durch zentrale Portale im Internet können sich ausländische Fachkräfte über die Möglichkeiten informieren.



Wie will die Union die Renten sichern?

Mit der Lebenserwartung steigt auch die Rentenbezugsdauer kontinuierlich an. Sie hat sich von weniger als zehn Jahren in 1960 auf jetzt knapp 19 Jahre fast verdoppelt. Wirtschaftswachstum und ein guter Arbeitsmarkt sind wichtige Voraussetzungen, damit die Renten auch künftig steigen und die Beitragszahler entlastet werden können. Die schrittweise eingeführte Rente mit 67 sorgt dafür, dass die Rente zukunftsfest und generationengerecht ausgestaltet ist. Zusätzlich strebt die Fraktion so schnell wie möglich eine bessere Berücksichtigung der Erziehungszeiten in der Rente an.

Wie kann in Zukunft Altersarmut verhindert werden?

Altersarmut wird am besten durch einen florierenden Arbeitsmarkt verhindert. Dazu gehört auch ein anständiger Lohn. Wenn die eigene Arbeit und die eigenen Beiträge für eine auskömmliche Altersversorgung nicht ausreichen, ist die Grundsicherung im Alter die Auffanglinie, um Altersarmut zu verhindern. Ergänzend will die Union so schnell wie möglich für diejenigen, die immer Vollzeit gearbeitet haben, auch ein Alterseinkommen oberhalb der Grundsicherung ermöglichen. Erwerbsminderung stellt ein Risiko für Altersarmut dar. Daher hat die Fraktion in dieser Wahlperiode festgelegt, sich für Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente und bei den Rehabilitationsleistungen einzusetzen.

Herausgeber

CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
Michael Grosse-Brömer MdB
Stefan Müller MdB
Parlamentarische Geschäftsführer

Kontakt

CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Platz der Republik 1 · 11011 Berlin
T 030. 2 27-5 53 74 · F -5 01 46
fraktion@cducsu.de
www.cducsu.de

Bürgerinformation

T 030. 2 27-5 55 50
fraktion@cducsu.de

Satz/Layout

Heimrich & Hannot GmbH

Druck

Industriedruck GmbH
Gedruckt auf Papier aus ökologisch, ökonomisch und
sozial nachhaltiger Waldbewirtschaftung

Bildnachweis

bildarchiv-hamburg.de; fotolia/Ingo Bartussek,
Jörn Buchheim, Alexander Raths

Bundestagsdrucksachen

17/12070, Jahreswirtschaftsbericht 2013, 16.1.2013;
17/6277, Verbesserung der Eingliederungschancen
am Arbeitsmarkt, 24.6.2011

Stand

April 2013

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
dient ausschließlich der Information. Sie darf während
eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung
verwendet werden.